

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Sitzungstermin: Montag, 13.07.2020
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:04 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Meinen, Regina
Meyer, Lina

CDU-Fraktion

Kronshagen, Heinrich
Ringena, Hermann, Dr.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Göring, André
Marsal, Andrea

FDP-Fraktion

Mälzer, Frank (bis 18:58 Uhr)

GfE-Fraktion

Mettin, Rainer

Beratende Mitglieder

Attar, Ziad, Dr. (bis 18:42 Uhr)
Geerken, Rainer (bis 18:30 Uhr)
Hempel, Rainer
Holle, Stefanie
Janssen, Holger
Kamer, Stefan
Kandziora, Marianne
Kröger-Vodde, Erasmus
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian (bis 18:38 Uhr)

Verwaltungsvorstand

Kruithoff, Tim Oberbürgermeister

von der Verwaltung

Grendel, Volker
Snakker, Kerstin
Obes, Dirk, Dr.
Heinks, Andree

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Gast

Dr. Drüner

Protokollführung

Bleeker, Sonja

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Ringena bittet im Vorfeld von TOP 7 „Sachstand zur Corona-Pandemie“ um eine Wortmeldung.

Frau Meyer bittet die Anwesenden um ihre Zustimmung.

Alle Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.11.2019

Beschluss: Das Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration vom 19.11.2019 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Nr. 47), des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration (Nr. 19) und des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice (Nr. 13) am 20.01.2020

Beschluss: Das Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Nr. 47), des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und In-

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

egration (Nr. 19) und des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice (Nr. 13) am 20.01.2020 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Genehmigung des Protokolls Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 12.02.2020

Beschluss: Das Protokolls Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 12.02.2020 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Sachstandsbericht zur Corona-Pandemie
Vorlage: 17/1516

Frau Meyer erteilt im Vorfeld des TOP 7 „Sachstandsbericht zur Corona-Pandemie“ Herrn Dr. Ringena das Wort.

Herr Dr. Ringena bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit während der Pandemie-Krise. Er kritisiert das Verhalten der Verwaltung gegenüber den Mitgliedern dieses Ausschusses. Seiner Meinung nach seien diese bei den aktuellen Gesundheitsangelegenheiten nicht genügend eingebunden worden. Er habe sich mehr Informationen gewünscht, um sich bei Bürgeranfragen positionieren zu können. Sein Anliegen habe er innerhalb der CDU-Fraktion thematisiert und daraufhin sei ein Antrag gestellt worden.

Herr Kruihoff bedankt sich für das Lob. Er führt aus, die Verwaltung habe sich frühzeitig mit dem Thema Corona auseinandergesetzt und einen entsprechenden Pandemie-Plan erarbeitet. Ein Antrag der FDP-Fraktion zum Thema Corona-Virus sei von der Verwaltung ausführlich beantwortet worden. Er hebt hervor, die Entwicklung der Pandemie und die tatsächliche Verbreitung des Virus sei absolut unsicher gewesen. Es sei ein hohes Maß an Organisation in unterschiedlichen Bereichen notwendig gewesen. Auch aktuell sei die Gefährdungslage nicht zu unterschätzen. Das niedrige Infektionsgeschehen in Emden sei darauf zurückzuführen, dass die ersten infizierten Reiserückkehrer aus Österreich und dem Karneval in Nordrhein-Westfalen gut einzugrenzen und die Kontaktketten nachvollziehbar gewesen seien. Den Vorwurf von Herrn Dr. Ringena weist er zurück. Zu jeder Zeit seien alle Informationen zunächst den Fraktionsvorsitzenden per Email zugeleitet worden. Auf Wunsch der Fraktionen seien später auch alle Ratsmitglieder einbezogen worden. Anschließend hätten einige Ratsmitglieder darum gebeten, sie wieder aus dem Verteiler zu nehmen, da es ihnen zu viele Informationen seien. Zur Klärung solcher Anliegen sei seiner Ansicht nach ein persönliches Gespräch, z. B. ein Telefonat, begrüßenswert. Er erklärt, vor dem Hintergrund des Infektionsrisikos seien sämtliche Ausschusssitzungen abgesagt worden. Die Wiederaufnahme der Sitzungen sei frühestmöglich wieder erfolgt. Die Ratssitzung habe unter Einhaltung der Hygiene- und Mindestabstandsregeln in der

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Nordseehalle stattgefunden. Bedenken äußert er aufgrund der Konstellation des heutigen Ausschusses. Die vertretbare Grenze der Personenanzahl im Ratssaal sei erreicht. Er bemerkt, die Kritik von Herrn Dr. Ringena sei ihm in dieser Intention im Verwaltungsausschuss nicht vorgebracht worden. Zukünftig werde er versuchen, die Einbindung der Politik wertschätzender zu gestalten. Den Mitarbeiter*innen der Verwaltung dankt er für ihren Einsatz und ihre Leistung.

Herr Dr. Obes gibt anhand einer Power-Point-Präsentation einen Überblick über die Lage, die kommunalen Maßnahmen und die bestehenden Herausforderungen im Rahmen der Corona-Pandemie. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Grendel ergänzt, in den vergangenen Monaten sei die Verwaltung an vielen Stellen extrem gefordert gewesen, letztlich habe alles gut funktioniert. Seiner Ansicht nach sei der günstige Verlauf des Infektionsgeschehens in Emden eine Gesamtleistung der Verwaltung.

Frau Meyer bedankt sich bei Herrn Dr. Obes und Herrn Grendel für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Holle lobt die Verwaltung für die geleistete Arbeit. Sie hebt die schnelle und fachliche Unterstützung durch das Gesundheitsamt hervor. Dadurch sei Sicherheit vermittelt worden. Ebenso lobt sie die Arbeit des Katastrophenschutzstabes. Ihrer Kenntnis nach seien in anderen Regionen die Alten- und Pflegeheime nicht so hervorragend mit Schutzausrüstungen bedacht worden. Positiv sei auch das auf den Weg gebrachte Hausarzt-System. Informationen seien schnell an die Einrichtungen weitergeleitet worden. Ergebnisse von Corona-Testungen seien innerhalb eines Tages mitgeteilt worden, sogar an Wochenenden. Die Weiterführung des Projektes „Emder Tafel“ sei nur möglich gewesen, weil innerhalb kürzester Zeit Gelder generiert worden seien. Zudem seien aufgrund der Pandemie in den Beratungsstellen vermehrt persönliche Krisenlagen erkennbar. Diese Problematik sei ihrer Ansicht nach ein Auftrag für diesen Ausschuss sowie für die Politik.

Herr Göring spricht der Verwaltung ebenfalls seinen Dank aus und schließt sich den lobenden Worten von Frau Holle an. Aus Sicht der Pflegeheime könne er bestätigen, dass in dieser kritischen Situation außergewöhnlich gut gearbeitet worden sei. In den Pflegeheimen habe es Verunsicherungen durch ständig neue Verordnungen gegeben. Auch die Interpretation der Verordnungen sei unterschiedlich gewesen. Dennoch seien Absprachen untereinander unkompliziert und zügig getroffen und passende Antworten gefunden worden. Dies habe Sicherheit und Vertrauen vermittelt. Beides sei seiner Ansicht nach in Krisenzeiten wichtig. Die Ansicht von Herrn Dr. Ringena bezüglich der Informationslage der Politik teile er nicht.

Herr Mälzer bedankt sich für die Präsentation. Die Leistung der Verwaltung hebt er positiv hervor. Auch er habe sich gut aufgehoben gefühlt. Anfang März habe er die von Herrn Kruithoff angesprochene Anfrage zur Corona-Situation gestellt. Zu dem Zeitpunkt habe sich niemand den genauen Verlauf der Pandemie vorstellen können. Seiner Meinung nach habe die Verwaltung gut reagiert und aufgrund des Infektionsrisikos ab Mitte März keine Ausschüsse mehr tagen lassen. Er erinnert, seine Fraktion habe zu Beginn dieser Ratsperiode einen Antrag auf Information hinsichtlich der Katastrophenschutz- und Notfallpläne der Stadt Emden gestellt. Die Notwendigkeit dieser Pläne sei nunmehr erkennbar. Er schlägt vor, den Katastrophen- und Notfallplan jeweils zu Beginn einer neuen Ratsperiode im Rat oder im Fachausschuss zu besprechen. Hinsichtlich der Testkapazitäten möchte er wissen, wie die Anzahl der getesteten Personen zu interpretieren sei. Weiter erkundigt er sich nach der Anzahl der Beatmungsgeräte im Emdener Stadtgebiet.

Herr Dr. Obes erklärt, dass am Anfang und auch über relativ lange Zeit gemäß der Empfehlung des Robert-Koch-Institutes (RKI) in Emden sehr restriktiv getestet worden sei. Symptomfreie

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Kontaktpersonen seien aufgrund der begrenzten Laborkapazitäten nicht getestet worden. Er erklärt, wenn eine Person keine Symptome und zudem ein negatives Testergebnis habe, sei dies nicht beweisend dafür, dass diese Person nicht infiziert sei. Deshalb sei entschieden worden, Personen müssten auch dann in die gesamte Quarantäne-Zeit, wenn ein negatives Testergebnis vorliege. Insofern habe man relativ lange Zeit symptomfreie Personen nicht getestet. Zwischenzeitlich sei dies geändert worden, sodass es zu Differenzen zwischen der Zahl der Personen, die in Quarantäne waren und der Anzahl der Tests kommen könne. Aktuell empfehle das RKI, Kontaktpersonen ohne Symptome, welche aber in Quarantäne seien, sogar zweimal zu testen. Eine Testung unmittelbar nach Bekanntwerden des Ereignisses und dann noch einmal im weiteren Verlauf der Quarantäne. Er macht darauf aufmerksam, dass die Empfehlungen vom RKI in engmaschigen Abständen immer wieder aktualisiert worden seien. Informationen seitens des Gesundheitsamtes seien dementsprechend angepasst worden.

Herr Dr. Drüner führt aus, die Intermediate-Care-Station (Intensivüberwachungspflege) sei ausgerüstet worden. Dadurch könnten nunmehr 20 Intensivpatienten entsprechend behandelt werden. Die reguläre Beatmungskapazität von 10 Beatmungsstationen sei mit sogenannten Heimbeatmungsgeräten auf 20 Stationen erhöht worden.

Herr Müller-Goldenstedt gibt an, für Wohnungs- und für Obdachlose sei insbesondere der Lockdown der Corona-Krise eine schwierige Zeit gewesen, da alle öffentlichen Einrichtungen sowie Imbisse, Cafés etc. nicht geöffnet waren. Obdachlose hätten weder die Möglichkeit gehabt, sich eine warme Mahlzeit zu kaufen, noch eine öffentliche Toilette aufzusuchen. Auch habe es keine Möglichkeit gegeben, einmal zu duschen, weil auch Sportvereine, Schwimmbäder, etc. geschlossen gewesen seien. Die Schließung der Tagesaufenthalte in den Nachbarstädten wie Aurich und Leer sowie Papenburg habe Wanderungen nach Emden zur Folge gehabt. Auch die Tatsache, dass die Übernachtungsunterkunft „Alte Liebe“ wegen des Brandes nicht nutzbar sei, habe die Situation zusätzlich verstärkt. Eine deutlich bessere Zusammenarbeit unter den Kommunen sei seiner Meinung nach wünschenswert. Die Kommunikation mit der Verwaltung sei positiv verlaufen. Durch ihre Unterstützung sei eine Mittagessen-Ausgabe weitergeführt worden.

Frau Kandziora schildert ihre Erfahrungen mit dem FD Gesundheit hinsichtlich einer freiwilligen Testung auf das Corona-Virus. Sie beklagt die Kosten i. H. v. 150,00 Euro für einen Test aus persönlichen Gründen. Eine Testung beim Hausarzt koste 60,00 Euro.

Herr Kruthoff zeigt Verständnis für die Schilderung von Frau Kandziora. Der Wunsch nach einem Test aus persönlichen Gründen sei von vielen Bürger*innen geäußert worden. Er weist auf die Erklärung von Herrn Dr. Obes bezüglich der Entwicklung der Testverfahren hin. Zu Beginn der Pandemie hätten nur begrenzt Laborkapazitäten zur Verfügung gestanden. Er informiert über die Kosten für eine Testkartusche, welche 100,00 Euro netto betrage. Deutlich macht er, dass der öffentliche Gesundheitsdienst für den Schutz der Bevölkerung zuständig sei. In Deutschland gebe es die Kassenärztliche Vereinigung, an die sich jede Person wenden könne. Allerdings sei auch hier eine medizinische Leistung ohne eine notwendige Indikation privat zu zahlen.

Frau Kandziora zeigt sich erstaunt über diese Vorgehensweise. Personen, die eine medizinische Notwendigkeit vortäuschen würden, seien demnach nach im Vorteil.

Herr Kamer fragt nach der korrekten Vorgehensweise für die Testung von Personen aus dem Bereich der stationären, ambulanten oder der teilstationären Pflegeeinrichtungen.

Herr Dr. Obes erklärt, eine Person, die passende Symptome zeige, solle prinzipiell den vorgegebenen Weg über den Hausarzt nehmen. Bei stationären Einrichtungen sei unter Umständen

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

ein Hausbesuch notwendig. Die Kosten würden hier im Rahmen der Diagnostik von der Krankenkasse übernommen werden. Sollte jedoch in einem sensiblen Bereich am Wochenende ein Fall mit Symptomen auftreten, habe der öffentliche Gesundheitsdienst ebenfalls ein Interesse daran, ein mögliches Infektionsgeschehen schnellstmöglich zu erkennen und würde unterstützend tätig werden. Solch ein Test könne dann mit keinem Kostenträger abgerechnet werden.

Frau Meinen bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung und hebt den Einsatz von Herrn Müller-Goldenstedt hervor.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Sachstandsbericht Investitionsvorhaben Frauenhaus Emden
Vorlage: 17/1517

Herr Grendel berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über den Sachstand hinsichtlich der Investitionsvorhaben des Frauenhauses in Emden. Er informiert insbesondere über die Antragsinhalte sowie über das Kooperationsmodell zwischen der Stadt Emden, der Isensee-Stiftung und der Arbeiterwohlfahrt - Ortsverband Emden. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Meyer bedankt sich für die Präsentation und bittet um Wortmeldungen.

Herr Janssen bedankt sich im Namen der Arbeiterwohlfahrt - Ortsverband Emden bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Frau L. Meyer begrüßt den Neubau eines Wohnungstraktes auf dem Nebengrundstück sowie die Sanierung des Altgebäudes. Sie erkundigt sich nach der Zeitspanne vom Baubeginn bis zur Fertigstellung.

Herr Grendel teilt mit, die Fördergelder seien für die Zeitspanne von 2020 bis 2022 bereitgestellt. In diesen drei Jahren sei ein gewisser Nachlauf für die Sanierung des Altgebäudes enthalten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 9 Sachstand Wohnraum für Wohnungslose;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.02.2020
Vorlage: 17/1413

Frau Meinen erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Müller-Goldenstedt teilt zur Situation der Übernachtungsfrage von Obdachlosen mit, dass die Übernachtungseinrichtung „Alte Liebe“ am 19.02.2020 zum Teil ausgebrannt und seitdem nicht nutzbar sei. In Zusammenarbeit mit der Stadt sei innerhalb von zwei Tagen eine neue Übernachtungsmöglichkeit in der Althusiusstraße errichtet worden. In dieser Notunterkunft seien in vier Räumen insgesamt 13 Betten vorhanden. Aufgrund der Corona-Pandemie und des derzeitigen Abstandsgebotes könnten acht Menschen dort übernachten. Ein Großteil der Wohnungslosen übernachtete allerdings zurzeit im Freien. Die „Alte Liebe“ werde seit Ende April

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

grundlegend vom Eigentümer in Zusammenarbeit mit der Stadt saniert. Dabei werde das Gebäude nach den Bedürfnissen der Einrichtung baulich angepasst. Zukünftig würden zwei Fünfbett-Zimmer und auch mehrere Zweier- und Einzelzimmer zur Verfügung stehen. Der Haupteingang sei zur Seite in den Innenhof verlegt worden. Die sanitären Anlagen würden erweitert und barrierefrei gestaltet. Aktuell werde die Brandschutzkonzeptfrage erörtert. Er hoffe auf eine Inbetriebnahme im Frühherbst. Mit Blick auf den Übernachtungssatz gehe er dieses Jahr von einem Defizit aus.

Herr Grendel stellt ebenfalls die gute Zusammenarbeit heraus. Er ergänzt, die Stadt habe einen Erwerb des Gebäudes in Erwägung gezogen, um es selber zu sanieren. Der Eigentümer habe jedoch Abstand davon genommen. Zudem stehe der Umbau des Tagesaufenthaltes noch an.

Beschluss: Auf den Antrag der SPD-Fraktion wird verwiesen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Rettungsdienstreform;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.02.2020
Vorlage: 17/1515

Herr Mälzer erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Herr Heinks erklärt, der Bundesgesetzgeber habe einen Gesetzentwurf zur Reform der Notfallversorgung vorgelegt. Als Gesetzesbegründung seien drei Handlungsfelder genannt worden. Ein Problem sei, dass der Rettungsdienst und die Notaufnahmen in den Kliniken zunehmend von Patienten in Anspruch genommen würden, welche sich ambulant über die Kassenärztliche Vereinigung hätten behandeln lassen können. Zudem gebe es den Vorstoß zur Einrichtung von gemeinsamen Notfallleitstellen. Die seit wenigen Jahren bekannte Nummer 116117 der Kassenärztlichen Vereinigung habe sich bei Hilfesuchenden noch nicht etabliert. Anders sei es bei der Notfallnummer 112, diese sei der Mehrheit der Bevölkerung bekannt. Die Leistungen des Rettungsdienstes hätten sich zu einer hochqualifizierten medizinischen Versorgung entwickelt, die auch den Transport umfasse. Aufgrund dieser Thematiken plane der Gesetzgeber nunmehr die Einrichtung von Integrierten Notfallzentren in den Krankenhäusern, die Einrichtung von gemeinsamen Notfallleitstellen und die Überführung des Rettungsdienstes als eigener Leistungsbereich in die gesetzliche Krankenversicherung. Fraglich sei die Gesetzgebungskompetenz des Bundes zur Errichtung von Integrierten Notfallzentren sowie die inhaltliche Ausgestaltung des Rettungsdienstes. Der Rettungsdienst gehöre zum Bereich der Gefahrenabwehr und sei somit Ländersache. Auch die Krankenhausplanung sei von der Reform betroffen. Hier habe das Bundessozialgericht jedoch entschieden, dieses falle in die Gesetzgebungszuständigkeit der Länder. Durch die Reform werde die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit nicht mehr den Ländern bzw. den Kommunen überlassen. Eine Institution auf Bundesebene, der Gemeinsame Bundesausschuss, würde dann die Vorgaben machen. Aufgrund dieser Thematik hätten die Kommunalen Spitzenverbände zur Gründung eines Bündnisses für den Rettungsdienst als Landes- und Kommunalaufgabe aufgerufen. Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz unter dem Dach der Leitstellen bilden in den Landkreisen und kreisfreien Städten eine gesamtheitliche Gefahrenabwehr. Nach seinem Kenntnisstand werde der Bund eine Summe von etwa 300 Mio. Euro zu Lasten der Länder umschichten. Die Verwaltung macht den Vorschlag, diesem Bündnis beizutreten.

Frau Meyer bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Frau Meinen fragt, inwieweit die Rettungsleitstelle in Emden durch die Reform der Notfallversorgung betroffen sei.

Herr Heinks erklärt, nicht die Emdener Rettungsleitstelle werde thematisiert, sondern das bundesweite Rettungsdienst-System. Beim Rettungsdienst und bei den Feuerwehrrettungsleitstellen handele es sich um einen eigenen Wirkungskreis.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Anfrage wegen Masern-Impfungen;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.02.2020
Vorlage: 17/1407

Herr Mälzer erläutert die Anfrage der FDP-Fraktion.

Herr Dr. Obes informiert anhand einer Power-Point-Präsentation über den Hintergrund des am 01.03.2020 in Kraft getretenen Masernschutzgesetzes. Er geht auf die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes, die Etappen der Umsetzung, die Masernimpfquote in Emden und auf mögliche Nachweise über eine erfolgte Impfung ein. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Meyer bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Dr. Ringena erkundigt sich nach dem Impfschutz von Kindern und dem Personal in den Emdener Betreuungseinrichtungen. Auch möchte er wissen, ob Eltern über die Folgen einer Nichtimpfung aufgeklärt seien.

Herr Grendel weist auf die gesetzliche Verpflichtung hin. Die Stadt sei nicht Träger aller Betreuungseinrichtungen. Für die Sicherstellung des Impfschutzes seien die Träger der Einrichtungen verantwortlich. Bei Problemen erfolge eine Meldung an das Gesundheitsamt.

Herr Dr. Obes ergänzt, es werde auf keinen Fall Zwangsimpfungen geben. Sollte das Gesundheitsamt eine entsprechende Meldung erhalten, würden zunächst die Eltern zu einem Beratungsgespräch eingeladen mit dem Ziel, durch Aufklärung eine Änderung zu bewirken. Erfahrungsgemäß gebe es allerdings Impfgegner, die auch mit guten Argumenten nicht zugänglich seien.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Ratssitzung

Herr Kruithoff weist auf die Ratssitzung am 14.07.2020 hin. Gegenstand der Sitzung werde u. a. das Zentralklinikum sein. Die Geschäftsführung werde ausführlich zum aktuellen Sachstand berichten. Zu Gast sei der Gemeinderat Südbrookmerland.

2. Gelände - Ültje-Fabrik

Herr Kruithoff informiert, das Preisgericht zur Mehrfachbeauftragung des Geländes der ehemaligen Ültje-Fabrik habe heute in der Nordseehalle stattgefunden. Eine Entscheidung für ei-

Protokoll Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

nen Entwurf sei getroffen worden. Dieser werde im Rahmen der Ratssitzung mitgeteilt. Es sei ein erster städtebaulicher Entwurf und noch nicht die finale Version. Für einen ersten Eindruck seien entsprechende Informationstafeln und Modelle zurzeit in der Nordseehalle zu sehen.

TOP 13 Anfragen

1. Vorwürfe gegen Emders Rettungsdienst

Herr Göring spricht ein kursierendes Gerücht zum Thema Rassismus und Sexismus in einem Teilbereich der Stadt Emden an. Er möchte wissen, ob dieses Gerücht wahr sei.

Herr Kruthoff bittet um eine Konkretisierung der Frage.

Herr Göring gibt an, dem Vernehmen nach gebe es ein anonymes Schreiben, in welchem rassistische und sexistische Tendenzen im Bereich des Rettungsdienstes beklagt würden. Auch ein Antwortschreiben solle es geben. Bei solch einem Thema fordere er größtmögliche Transparenz, um diesen Tendenzen entgegenzuwirken.

Herr Kruthoff unterstreicht, in einer öffentlichen Sitzung werde er nicht über interne Personalangelegenheiten sprechen, diese seien grundsätzlich vertraulich zu behandeln. Sollte er Kenntnis von solchen Tendenzen erlangen, d. h. sollte es den Verdacht von Rassismus oder Sexismus geben, würde er dieses sehr ernst nehmen und verfolgen. Zur Klärung würden in einem solchen Fall Mitarbeiter*innen über den FD Personal zu Einzel- und Gruppengesprächen eingeladen. Gegebenenfalls werde ein Klärungsprozess unter Leitung eines externen Moderators angestrebt, um mögliche tieferliegende Probleme aufzuarbeiten.

2. Notinseln für Kinder

Herr Kamer teilt mit, der Paritätische Kreisverband Emden und der Deutsche Kinderschutzbund - Ortsverband Emden - regen an, das Thema „Notinseln für Kinder“ noch einmal im Jugendhilfeausschuss zu thematisieren. Notinseln schaffen für Kinder, die sich bedroht fühlen und Hilfe benötigen, einen Zufluchtsort, an dem ihnen geholfen werde. Aufgrund des Mordfalls an einem 11-jährigen Mädchen in Emden im Jahr 2012 seien solche Notinseln initiiert und implementiert worden. Wichtig sei es, die Gesellschaft auf diese Notinseln aufmerksam zu machen und die Geschäftsleute in Emden erneut dafür zu sensibilisieren.

Frau Meinen unterstreicht die Wichtigkeit der Notinseln und die Thematisierung im Jugendhilfeausschuss. Der Kinderschutzbund in Emden erstelle diesbezüglich derzeit einen Flyer zur Verteilung an die Emders Geschäfte.

Herr Kruthoff gibt an, anhand eines Logos werde bei den Geschäften auf eine Notinsel für Kinder hingewiesen. Die Anregung werde über das Protokoll an den FB 600 weitergegeben.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.